Das Missverständnis von Salamanca

Category: Blog,Grenzenlos
geschrieben von Gastautor | 2. April 2023
Nach einem Boom schlägt jetzt das Pendel zurück. Initiativen in verschiedenen Kantonen (Link) zielen darauf ab, vom Modell der integrativen Schule abzukehren. Man will wieder vermehrt separativen Unterricht anbieten – Sonderschulen, Förderklassen, im Grunde genommen Kleinklassen.

Warum aber wurde die integrative Schule überhaupt initiiert?



Daniel Wahl, Gastautor

Wir drehen die Zeit zurück. Für ein Treffen von 300 Bildungsverantwortlichen aus 92 Ländern bot Salamanca, eine der schönsten Städte Spaniens, 200 Kilometer westlich von Madrid, im Frühsommer 1994 die perfekte Kulisse, um Gutes zu tun: das einnehmende Flair einer Weltkulturerbe-Stadt, die älteste Universität Spaniens mit Schwerpunkt Geisteswissenschaften und das Bronze-Denkmal des hilfsbedürftigen Blinden und des kleinen Lazarus am Kopfende der «Puente Romano». Es ging den Schulreformern darum, die Unesco-Agenda „Bildung für alle“ (Education for all) zu vertiefen, die vier Jahre zuvor in Thailand lanciert wurde. Am Schluss der Konferenz verabschiedeten die Bildungsverantwortlichen die „Erklärung von Salamanca“ – in aller Stille, ohne Vernehmlassung und ohne demokratische Legitimation.

Integration als Instrument gegen Diskriminierung

Das Dokument hat den Zeitgeist der 80er- und 90er-Jahre eingeatmet und gibt die

Stossrichtung vor, was unter „Bildung für alle“ zu verstehen sei: Jedes Kind habe einmalige Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnisse. Am besten würden sich diese entwickeln, wenn man auf eine integrierende Gesellschaft aufbaue. Am besten könne mit Integration auch Diskriminierung bekämpft werden, heisst es darin (Link) . Wie sich die Länder dabei organisieren, lässt die Erklärung offen.

Auf diese „Erklärung von Salamanca“ beriefen sich 13 Jahre später die Heilpädagogen der Heilpädagogischen Schule in Zürich, die den Bestrebungen nach einer integrativen Schule im Kanton Aargau im 2007 zum Durchbruch verhelfen wollten. Sie appellierten, der Aargau müsse sich nichts auf seine Vorreiterrolle einbilden, denn die Unesco-Weltkonferenz in Salamanca habe schon längst alle Staaten aufgerufen, das Prinzip der integrativen Pädagogik zu realisieren.

> *„Ich glaube nicht, dass man heute schon sagen kann, dass das Integrationsmodell gescheitert ist.“ (Marijana Minger, Präsidentin der Schulpsychologen im Kanton Zürich)*

Auf die „Erklärung von Salamanca“ berufen sich heute Bildungsverantwortliche, wie Marijana Minger, Präsidentin der Schulpsychologen im Kanton Zürich, wenn sie die Idee verteidigen, alle möglichen und unmöglichen Kinder im selben Schulzimmer unterrichten zu müssen. „Ich glaube nicht, dass man heute schon sagen kann, dass das Integrationsmodell gescheitert ist. Zudem haben wir uns ja als Land verpflichtet, den UNO-Grundsatz der inklusiven Bildung für alle zu gewährleisten“, sagte Minger kürzlich im „Tagesanzeiger“.

Falsch übersetzt

So aber ist das falsch. Bei der UNO stand ursprünglich gar nicht eine „integrative Schule“ zur Debatte, sondern „Bildung für alle“. Der frühere Basler Sonderschullehrer und Kritiker der Abschaffung von Kleinklassen, Roland Stark, sagt: „In der UN-Konvention von Salamanca ist an keiner Stelle die Rede davon, dass Sonderschulen abzuschaffen seien. Im Mittelpunkt der Bemühungen um Integration stehen nicht organisatorische Fragen, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse aller Lernenden.“



Beruht „integrative Schule anstelle von Sonderklassen“ auf einem Irrtum?

Und er wirft jenen, die sich auf die UN-Konvention berufen, vor, einem Übersetzungsfehler, einem Missverständnis, aufgesessen zu sein: Die Vertragspartner hätten sicherzustellen, dass kein Kind vom „general education system“, also vom allgemeinen Schulsystem, ausgeschlossen wird, wie die Erklärung ausdrückt. Doch der englische Terminus „general education system“ sei fälschlicherweise mit dem deutschen Begriff der „allgemeinen Schulen“ – im Unterschied zu den Kleinklassen – gleichgesetzt worden. „‚General education system'“ entspricht aber eindeutig dem, was wir als „‚allgemeinbildendes Schulsystem'“ – im Unterschied zu berufsbildenden Schulen – verstehen, und zu dem nach schweizerischem Schulrecht der Kantone eindeutig auch die Kleinklassen gehören“, sagt Stark.

Weltweite Bildungserosion in den 80er-Jahren

Als sich nämlich 1990 die Unesco-Mitglieder in Jomtien, Thailand, trafen, um die Bildung-für-alle-Agenda aufzugleisen, ging es darum, weltweit den Kindern Zugang zur Grundschulbildung zu gewähren. Dies vor dem Hintergrund, dass in der dritten Welt in den 80er-Jahren eine „Bildungserosion“ und ein „Niedergang“ bemerkt worden war. Man stellte beispielsweise fest, dass in ländlichen Gebieten

der Drittweltländer viele Schulen geschlossen wurden, dass aufgrund der Weltwirtschaftslage vielen Lehrern der Lohn nicht mehr ausbezahlt wurde.

> *„In der UN-Konvention von Salamanca ist an keiner Stelle die Rede davon, dass Sonderschulen abzuschaffen seien. Im Mittelpunkt der Bemühungen um Integration stehen nicht organisatorische Fragen, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse aller Lernenden.“ (Roland Stark, früherer Sonderschullehrer in Basel)*

In den Industrieländern konstatierten die Bildungsforscher vermehrt „funktionalen Analphabetismus“. „Zwischen 10 und 20 Prozent der Bevölkerung in den Industrieländern verfügen über keine grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen und Problemlösen“, heisst in der Unesco-Zusammenfassung der Weltkonferenz in Jomtien. Das führte zum Programm, in dem Frauen und Mädchen aus Diskriminierungsgründen vorrangig gefördert werden sollten.

Gleichstellungs- und Gleichberechtigungsbewegung

Die Erklärung von Salamanca macht aber nur vier Jahre später auch ersichtlich, dass sich der Schwerpunkt von „Bildung für alle“ auf „integrative Schule“ zu verschieben begonnen hatte. Das fiel mitten in eine Zeit, in der es vor allem in Deutschland um Gleichstellung und Gleichberechtigung ging. Die Bahnunternehmen bauten ihre Waggons behindertengerecht um. In öffentlichen Bauten wurden Rampen und rollstuhlgängige WC und Lifte gefordert.

In der Schweiz wurden die Hochschule für Heilpädagogik in Zürich und die Universität Zürich zu den Hotspots der Dozenten, die eine integrative Pädagogik lehrten. Es war deshalb auch kein Zufall, dass Zürich im Februar 1990 als erster Kanton seinen Gemeinden die „integrative Schule anstelle von Sonderklassen“ offerierte.

Der grosse Durchbruch der integrativen Schule kam in der Schweiz aber erst zwei Jahrzehnte später, mit der Einführung des Lehrplan 21.